



Christlich-Islamischer Verein Hochrhein e.V.

Mitglieder-Brief 2/2005

*Liebe Mitglieder des CIVH,
liebe Freunde des CIVH!*

Die erste Hälfte dieses Jahres ist bereits überschritten und so möchten wir uns wieder an Sie wenden und Ihnen mittels eines Mitgliederbriefes mitteilen, welche Veranstaltungen der CIVH für die restliche Jahreshälfte und darüber hinaus plant. Insbesondere möchten wir Sie schon heute auf die Mitgliederversammlung mit Wahlen im November hinweisen.

Gleichzeitig informieren wir Sie über Ereignisse, die uns beachtenswert erscheinen. Im Mittelpunkt des Briefes stehen unter dem Thema: „Muslime in unserer Gesellschaft“ zwei Stellungnahmen von Muslimen zum Leben in unserer Gesellschaft und zwei Darstellungen mit welchen Schwierigkeiten Muslime teilweise umgehen müssen.

Salam aleikum

Schalom

Ingeborg Omer

Werner Ross

29.08.2005

Vorsitzender

Werner Ross
In den Grundmatten 2
79618 Rheinfelden /Bd.
Tel/Fax: 07623-47521
werner.ross@civh.de

1. Stellvertreterin

Ingeborg Omer
Stelleacker 18
79618 Rheinfelden /Bd.
Tel: 07623-62430
Fax: 07623-8469
ingeborg.omer@civh.de

2. Stellvertreter

Herwig Popken
Nollinger Str. 35
79618 Rheinfelden /Bd.
Tel: 07623-799195
Fax: 07623-799196
herwig.popken@civh.de

Homepage www.civh.de

Bankverbindung

Sparkasse Lörrach-Rhf.
Konto 2-095.05
BLZ 683 500 48

Mitglied im

Koordinierungsrat der Vereinigungen
des christlich-islamischen Dialogs in
Deutschland (KCID)

Mitarbeit in der

Islamisch-Christlichen Konferenz für
Süddeutschland (ICK)

A Zum christlich-islamischen Dialog und Zusammenleben

1. Wussten Sie,

dass der Imam in der Rheinfelder Alperenler-Moschee, Herr Amet Cidem jeden Freitag das Mittagsgebet mit der Verlesung von Sure 16:90 in arabischer, türkischer und deutscher Sprache beendet?

Dort heißt es: „Gott gebietet, Gerechtigkeit zu üben, Gutes zu tun und die Verwandten zu beschenken. Er verbietet das Schändliche, das Verwerfliche und die Gewalttätigkeit. Er ermahnt euch, auf dass ihr es bedenket.“

2. Ein Dialog – im vollen Sinn des Wortes

Bischof Wolfgang Huber, Ratsvorsitzender der Evang. Kirche in Deutschland (EKD):

Es ist an der Zeit, eine Inventur des christlich-muslimischen Dialoges vorzunehmen. Denn der Islam ist in Deutschland aus einer in der Öffentlichkeit weitgehend übersehenen Migrantreligion zu einer Religion geworden, die einen anerkannten Platz in der Gesellschaft einfordert. Zahlreiche neu errichtete Moscheen an prominenten großstädtischen Orten bilden dafür ein unübersehbares Zeichen.

Die religiöse Herausforderung, die darin steckt, ist lange unbeachtet geblieben. Die einen zogen sich hinter eine Mauer kultureller Fremdheit zurück. Die Rede vom „Kampf der Kulturen“ und der Schock religiös sanktionierter Gewalttaten verstärkten das. Oft verbarg sich dahinter aber auch eine Unsicherheit im Blick auf die eigene religiöse Identität.

Andere setzten auf einen Dialog, der vor allem das Gemeinsame hervorkehren sollte. Die Rede von den „abrahamitischen Religionen“ wurde dafür zum Symbol. Dieser Dialog half dazu Vertrauen aufzubauen. Aber er ließ bisweilen grundlegende Unterschiede im Ungefähren. Dabei wird man von einem Dialog im vollen Sinn des Wortes doch beides erwarten müssen: dass er Gemeinsames stärkt und dass er Differenzen thematisiert.

Es gibt kaum eine Institution in Deutschland, die in den zurückliegenden Jahren so intensiv auf Muslime in Deutschland zugegangen ist und mit sozialer Unterstützung, Nachbarschaftshilfe, Begegnungsmöglichkeiten, Austausch und gemeinsamen Vorhaben Brücken zu bauen versuchte wie die evangelische Kirche und ihre Diakonie. Um Kenntnisse über den Islam zu vermitteln, haben die Kirchen eine große Zahl von Informationsbroschüren und Handreichungen veröffentlicht. Denn solche Kenntnisse sind für qualifizierte Begegnungen unerlässlich.

Daran ist jetzt anzuknüpfen, wenn wir in eine neue Phase des Dialogs eintreten – eines Dialogs im vollen Sinn des Wortes.

Verabredete Gesprächsebenen sind dafür ebenso wichtig wie Klarheit über die Gesprächspartner. Selbstverständlich ist anzuerkennen, dass der Islam vielgestaltig ist. Es ist ebenso anzuerkennen, dass er von seinem Selbstverständnis her keine den Kirchen vergleichbare Organisationsstruktur hat. In welcher Weise sich der Islam organisieren will, ist den Muslimen selbst zu überlassen. Doch Hoffnungen dürfen auch die Gesprächspartner auf christlicher Seite äußern. Zu diesen Hoffnungen gehört, dass der mit einem Treffen in Hamburg Ende Februar 2005 in die Wege geleitete Prozess zu einer legitimierten Vertretung der Muslime in Deutschland führen wird.

Wenn der Islam den Anspruch geltend macht, als Religion am öffentlichen Raum zu partizipieren, muss dem auch eine Bereitschaft entsprechen, Mitverantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen und über die eigenen Interessen hinauszublicken. Dass religiös verbrämter, gewaltbereiter Fundamentalismus keine Aktionsbasis findet, ist um des Gemeinwohls willen nötig. Zu der Auseinandersetzung mit fundamentalistischen Gruppen müssen muslimische Organisationen deshalb einen überzeugenden Beitrag leisten. Auch in anderen Hinsichten stehen sie vor der Aufgabe, einen internen Meinungsbildungsprozess zu organisieren und verbindliche Ergebnisse zu erreichen.

Quelle: zeitzeichen 06/2005

Zu Beginn des Jahres war es zu Gesprächen zwischen Vertretern der EKD (Bischof Huber, Frau Coenen-Marx, Herrn Schmude und Herrn Affolderbch) und Vertretern muslimischer Verbände (Frau Mohagheghi /Huda, Herr Kizilkaya /Islamrat, Herr Alboga /DITIB, Herr Jakobi /Schura Hamburg, die Herren Pinarbas und Pürlü /VIKZ und Herr Razvi /Islam. Zentrum Hamburg) gekommen. Diese Gespräche sollen auf zwei Ebenen fortgeführt werden.

3. Betrifft das Evangelium nur die Christen?

Den Worten Jesu Christi entsprechend, ist das Evangelium für die ganze Menschheit da: „Geht hinaus in die ganze Welt, und verkündet das Evangelium allen Geschöpfen“ (Markus 16,15). Die Vorstellung von Mission schafft heute jedoch Verlegenheit. Soll die ganze Welt die christliche Religion übernehmen? Steckt hinter der Mission nicht das Verlangen, andere zu beherrschen? Die Ausdehnung des Christentums ging manchmal mit Eroberungskriegen Hand in Hand. Jesus sendet seine Jünger „wie Schafe mitten unter die Wölfe“ (Lukas 10,3); manche Christen benahmten sich jedoch selbst eher wie Wölfe unter Schafen.

Aus diesem Grund vielleicht sind die Christen vorsichtig geworden und haben es gelernt, andere Religionen nicht abzuurteilen. Zunächst ist es an den Christen, sich das Evangelium zu Herzen zu nehmen. Manche meinen sogar: Da der Weltfrieden zum Teil vom respektvollen Zusammenleben der verschiedenen Religionsgemeinschaften abhängt, wäre es doch am besten, wenn jeder seine Glaubensüberzeugungen für sich behält und es den anderen überlässt, in ihren Traditionen ihren Weg zu finden. In seiner ursprünglichen Bedeutung ist das Evangelium keine religiöse Lehre. Evangelium heißt „Gute Nachricht“. Eine Nachricht wird nicht gelehrt, sondern weitergesagt. In der Antike beispielsweise wurden die Geburt oder die Machtergreifung eines Kaisers als „Evangelium“ ausgerufen. Auch in der Bibel verkündet das Evangelium den Beginn einer Herrschaft. Hier aber ist Gott der König. Jesus und die Apostel haben das Reich Gottes verkündet. Das Evangelium ist „die Gute Nachricht des Reiches Gottes“ (Matthäus 4, 23; 9,35; 24,14).

Gott herrscht: Das ist die gute Nachricht einer Zukunft in Frieden für alle Völker der Erde. Wenn Gott herrscht, haben das Gesetz des Stärkeren und die Verzweiflung nicht das letzte Wort. Die Herrschaft Gottes ist ein Geheimnis (Markus 4,11), aber kein abstrakter Begriff. Die ersten Christen haben ihn in Jesus erkannt, der sein Leben am Kreuz hingab: „Jetzt sind sie da, die Herrschaft unseres Gottes und die Vollmacht seines Gesalbten“ (Offenbarung 12, 10). Das Reich Gottes besteht in der Liebe, mit der Jesus uns geliebt hat. Es ist der Geist Gottes, der diese Liebe in die Herzen der Menschen ausgießt (vgl. Römer 5,5). Das Evangelium versichert entgegen dem äußeren Schein, dass die Zukunft den Menschen gehört, die lieben und verzeihen.

Diese Hoffnung betrifft die ganze Menschheit. Deshalb konnten sie die ersten Christen nicht für sich behalten. Sie wurden ihre öffentlichen Zeugen, „vor Regierungen und Königen“ (Markus 13,9) und „bis an die Enden der Erde“ (Apostelgeschichte 1,8). Das Evangelium verkünden, heißt nicht für eine Religion werben, die über den anderen steht. Es heißt einfach, unsere Hoffnung auf Frieden nicht verschweigen.

Zu welcher Haltung anderen Religionen gegenüber verpflichtet der christliche Glaube?

Viele Christen leben heute Seite an Seite mit Menschen, die eine andere Religion ausüben. Solange ein Dorf, eine Stadt oder ein ganzes Land christlich waren, blieb die Beziehung zu anderen Religionen eine eher theoretische Frage. Heute stellt sie sich im Alltag mehr und mehr. Zu Zeiten des Apostels Paulus lebten die Christen Roms ebenfalls nicht in einer christlichen Gesellschaft. Er schreibt ihnen: „Soweit es euch möglich ist, haltet mit allen Menschen Frieden“ (Römer 12,18). Diese Worte ermutigen uns, alles zu tun, um Spannungen zu entschärfen und Konflikte zu vermeiden. Friedliches Zusammenleben hängt nie nur von einer Seite ab. Aber Paulus unterstreicht, dass um des Friedens willen die Christen zumindest alles tun sollten, was von ihnen abhängt.

Für ein dauerhaftes Zusammenleben in Frieden genügt die Toleranz nicht. Andere achten heißt nicht nur, sie in Ruhe lassen. Es heißt auch, sich für sie interessieren. Die Behauptung, dass jeder seine Glaubensvorstellungen hat, über die man nicht diskutieren kann, kann kein Vorwand sein, andere zu verachten. Können sich Menschen wirklich begegnen, wenn jeder dabei das ihm Wertvollste ausklammert? Unter Freunden spricht man über das, was jeden hoffen und leben lässt. Ein Christ kann nicht verschweigen, dass seine Hoffnung und sein Leben Christus sind. „Seid stets bereit, jedem Rede und Antwort zu stehen, der nach der Hoffnung fragt, die euch erfüllt“ (1 Petrus 3, 15).

Da es in jeder Religion um etwas Absolutes geht, und dieses Absolute nicht in jeder Religion das Gleiche ist, liegt im Umgang der Religionen ein Konfliktpotenzial. Sollte man deshalb um des lieben Friedens willen versuchen, die Religionen miteinander in Einklang zu bringen, und von jeder nur das zu übernehmen, womit jeder Mensch einverstanden sein kann? Das Bestreben nach Einklang ist der Bibel nicht fremd: „Seid allen Menschen gegenüber auf Gutes bedacht“ (Römer 12,17). Der Dialog zwischen den Religionen trägt zu dieser Suche des Gemeinwohls bei. Wenn zwischen Verantwortlichen verschiedener Religionen Vertrauen herrscht, können sie sich gemeinsam Gewalttätigkeiten und Ungerechtigkeiten entgegenstellen.

Dieser Dialog wäre aber nicht ehrlich, wenn er die Partner zwingen würde, auf das Absolute zu verzichten, das die Religionen als solche ausmacht. So können die Christen nicht verleugnen, dass Jesus Christus die Mitte ihres Glaubens bildet, „der eine Mittler zwischen Gott und den Menschen“ (1 Timotheus 2,5) ist. Das Absolute verbietet aber ehrlichen Dialog nicht, sondern verpflichtet geradezu dazu, denn wenn Jesus der Eine ist, ist er es durch seine Demut. Er hat sich zum Diener aller Menschen gemacht. Er hat den letzten Platz eingenommen. Deshalb können wir in seinem Namen niemals andere von oben herab behandeln, sondern sie nur aufnehmen und uns von ihnen aufnehmen lassen.

Quelle: Brief aus Taizé: 3/2005

4. Muslimische Akademie soll zwischen Islam und Christentum vermitteln

Berlin - Mehr Toleranz zwischen Christen und Muslimen, eine demokratische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen und eine kritische politische Bildung von Migranten muslimischen Glaubens: Das sind die Ziele der Muslimischen Akademie in Deutschland, die sich am Mittwochabend in der Werkstatt der Kulturen in Neukölln gegründet hat. An der Feier nahmen neben zahlreichen Muslimen auch Vertreter der Bundeszentrale für politische Bildung sowie Barbara John, die frühere Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, teil.

Vorstandsvorsitzender ist Abdul Hadi Christian H. Hoffmann (56), langjähriger Referent in der CDU-Bundesgeschäftsstelle und bis 1997 Mitglied der CDU. Hoffmann trat 1989 zum Islam über. Die Akademie will neben glaubenstheoretischen Fragen auch aktuelle Probleme thematisieren. Dazu gehören der islamische Religionsunterricht in deutscher Sprache, die Position des Islam zum Terrorismus und der Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen. Christoph Müller-Hofstede von der Bundeszentrale: "Wir wollen die Verständigung über die gemeinsamen Regeln des Zusammenlebens in einem demokratischen Gemeinwesen fördern."

Quelle: Die Welt (Freitag, den 2. Juli 2004)

5. Parlamentarier müssen Kreuze nicht dulden

KASSEL (dpa). Politiker können in Parlamentsgebäuden auf das Entfernen religiöser Symbole wie dem Kreuz bestehen. Wie der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel in letzter Instanz entschied, verletzen Kreuze in den Sälen das Neutralitätsgebot des Staates. Im konkreten Fall entschied das Gericht, dass ein Kreuz im Offenbacher Kreistag während der Sitzungen abgehängt werden muss. Es sei nicht bloß überkonfessionelles Symbol abendländischer Kultur, sondern das Glaubenssymbol des Christentums schlechthin (AZ 8 UZ 54/04).

Quelle: Badische Zeitung vom Dienstag, den 14. Juni 2005 - Politik

Mancher Leser des Artikels mag angesichts der Rechtsprechung mit dem Kopf geschüttelt haben. Dabei enthält das Urteil eine überaus positive Aussage. Es hält fest, dass das Kreuz eben nicht (nur?) ein Symbol abendländischer Kultur, sondern ein Glaubenssymbol des Christentums ist. Das haben viele Menschen, zahlreiche Politiker und manchmal auch die Gerichte vergessen.

6. Justiz im Iran

Rom (epd) – Das Militärgericht von Teheran hat einen Offizier wegen Übertritts zum Christentum zu drei Jahren Haft verurteilt. Wie der römische Nachrichtendienst Asia news berichtet, befand es Hamid Ourmand für schuldig, seine Zugehörigkeit zu einer protestantischen Kirche gegenüber der Militärführung geheim gehalten zu haben. Nach islamischem Recht dürfen nur Muslime in den Rang von Offizieren befördert werden. Die Menschenrechtsorganisation Center for Religious Freedom forderte in Washington die sofortige Freilassung des Verurteilten.

Quelle: Glaube und Heimat 9/2005

7. Schrecklicher Tod

In Afghanistan wurde eine 29-jährige Frau wegen Ehebruchs zum Tode verurteilt – dabei unterbrachen ihre Verwandten die Steinigung und prügeln die Frau zu Tode. Es handelte sich, wie Amnesty international mitteilte, wahrscheinlich um die erste Hinrichtung dieser Art seit der

Entmachtung der Taliban Ende 2001. – Der Mann, mit dem die Frau mutmaßlich Ehebruch beging, wurde zu einer Strafe von hundert Peitschenhieben verurteilt.

Quelle: zeitzeichen 7/2005

8. Fatwa verurteilt Selbstmordattentate als unmoslemisch

Erzbischof Saldanha von Lahore /Pakistan begrüßt das Rechtsgutachten und hofft, dass es Schule machen wird

LAHORE, 24. Mai 2005 (ZENIT.org).- Erzbischof Lawrence Saldanha von Lahore, begrüßt das von pakistanischen Muftis erlassene religiöse Rechtsgutachten, in dem die Praxis der Selbstmordattentate als unmoslemisch verurteilt wird.

"Als Katholiken sind auch wir gegen gewalttätige Attentate, denn das Leben ist ein heiliges Geschenk, dem wir, weil Gott das verbietet, nicht einfach ein Ende bereiten können", kommentierte der Erzbischof der zweitgrößten Stadt Pakistans nach einem Bericht der Nachrichtenagentur "AsiaNews" jene Fatwa, die am vergangenen Dienstag 58 speziell ausgebildete Gelehrte, die zur Auslegung des islamischen Rechts autorisiert sind so genannte "Muftis", erlassen hatten. "Derartige Erlässe sollte es auch in anderen Ländern geben", sagte der Erzbischof. Konkret meinte er damit die Erklärung, dass Selbstmordattentate die islamische Lehre verletzen und deshalb nicht als Instrument des "Jihads" betrachtet werden dürften.

Die verantwortlichen Muftis, die den unterschiedlichsten Schulen angehören, haben bei der Bekanntgabe der Fatwa spezifiziert, dass diese nur in Pakistan gültig sei. Sie ziele darauf ab, die von einigen religiösen Organisationen genährte Vorstellung, Selbstmordattentäter kämen automatisch in den Himmel, zu zerstreuen.

"Diese Propaganda hat dem Islam geschadet", erklärten die muslimischen Gelehrten in einer öffentlichen Erklärung. "Durch diese Fatwa können unschuldige Menschen davor bewahrt werden, zu Instrumenten in den Händen der Feinde des Islams zu werden."

Mufti Muneebur Rehman, Präsident der "Tanzeemul Madaris Pakistan", einer Vereinigung von religiösen Seminaren verschiedenster Richtungen, fügte dem hinzu: "Jeder, der sich in der Überzeugung, er habe den Segen Gottes, an einem Selbstmordattentat beteiligt, wird nicht als Moslem betrachtet."

Gemäß der neuen Fatwa ist die Ermordung unschuldiger Menschen "haram", das heißt, "verboten", und zieht die Todesstrafe nach sich.

"Menschen zu töten hat nichts mit dem Islam zu tun", unterstrich Muneebur Rehman, der in diesem Zusammenhang auf die Tatsache verwies, dass der Islam Bombenattentate, Übergriffe auf Moscheen und andere Orte der Gottesverehrung und auch Attentate auf öffentliche Plätze verurteilt habe.

Der katholische Erzbischof von Lahore sieht im Selbstmord und im Selbstmordattentat etwas, das einer "Kultur des Todes" entspringe. "Papst Johannes Paul II. förderte eine Kultur des Lebens und der Liebe. Wir müssen dasselbe tun." Die katholische Kirche sei gegen jede Form von Tötung, zu der auch Abtreibung und Euthanasie gehörten, fügte der pakistanische Erzbischof an.

Bei sektiererischen Unruhen zwischen Schiiten und Sunniten sind in Pakistan seit 1980 über 4.000 Menschen umgekommen. Im vergangenen Jahr starben 160 Personen.

75% der rund 160 Millionen Einwohner sind Sunniten, 20% sind Schiiten. Unter den Christen, die 2,5% ausmachen, gibt es an die 1,2 Millionen Katholiken.

9. Gemeinsam gegen Terror

London (dpa). Die Muslime in Großbritannien wollen gemeinsam mit der Regierung in London den Terrorismus „frontal“ angehen. Darauf verständigten sich am Dienstag Premierminister Tony Blair und führende Vertreter der etwa 1,6 Millionen Muslime im Land sowie die Vorsitzenden der Oppositionsparteien im Unterhaus. Angesichts der Selbstmordanschläge in London am 7. Juli mit mindestens 56 Toten und etwa 700 Verletzten einigten sie sich auf die Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe. Diese müsse „der Ideologie des Bösen entgegentreten und sie besiegen“, sagte Blair. Einzelheiten sollen bei späteren Treffen besprochen werden.

Muslimische Geistliche auf der britischen Insel haben unterdessen mit einer islamischen Weisung Selbstmordanschläge „streng verboten“. Das Forum britischer Muslime (BMF) erließ als Reaktion auf die Londoner Attentate eine entsprechende Fatwa, eine für Gläubige verbindliche Vorschrift. In der

Fatwa heißt es, der Islam verurteile Gewalt und die Vernichtung unschuldigen Lebens. „Wer keinen Respekt vor dem menschlichen Leben zeigt, ist ein Feind der Menschheit“, heißt es weiter. In der religiösen Weisung des muslimischen Dachverbandes, dem 300 Moscheen im ganzen Land angeschlossen sind, steht außerdem: „Wir beten für den Sieg über Extremismus und Terrorismus in der ganzen Welt“.

Quelle: Badische Zeitung vom 20.07.2005

10. Islamkonferenz in Amman

(Amman/dpa) 5.7.2005 - Der jordanische König Abdullah II. hat die islamischen Religionsführer aufgerufen, das Ansehen des Islam in der Welt zu verteidigen. Das Töten von Muslimen im Namen des Islam im Irak und in Pakistan schade dem Ansehen der Religion, sagte der Monarch am Montag zu Beginn einer zweitägigen Konferenz mit 170 islamischen Geistlichen aus 40 Nationen in der jordanischen Hauptstadt Amman. Die Vertreter der verschiedenen islamischen Rechtsschulen müssten sich von Gewalt, Terrorismus und Intoleranz distanzieren und zusammenstehen gegen «diejenigen, die das Bild des Islam als «Religion der goldenen Mitte, der Versöhnung und der Güte» beschädigten.

11. Christlicher Hassprediger

Washington (AFP). Der US-Fernsehprediger Pat Robertson hat während einer Fernsehsendung zur Ermordung des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez aufgerufen. Chávez sei ein gefährlicher Feind der USA, sagte der 75-jährige ehemalige Präsidentschaftskandidat. „Wenn er glaubt, wir wollen ihn umbringen, dann ist das genau das, was wir tun sollten.“

Quelle: Badische Zeitung vom 24.08.2005

12. Papst Benedikt XVI. und die Muslime

In seiner Ansprache vor Vertretern christlicher Kirchen und nichtchristlicher Religionen am 25.4.2005 in der Sala Clementina sagte Papst Benedikt XVI u.a.:

Ich wende mich nun an euch, liebe Freunde aus verschiedenen religiösen Traditionen und danke euch sehr für eure Teilnahme an der feierlichen Amtseinführung zu Beginn meines Pontifikates. Ich entbiete euch und all jenen, die den Religionen angehören, die ihr repräsentiert, herzliche Grüße. Ich bin besonders dankbar für die Anwesenheit von Mitgliedern der muslimischen Gemeinschaft in unserer Mitte und ich bringe meine Wertschätzung für den zunehmenden Dialog zwischen Muslimen und Christen auf lokaler wie internationaler Ebene zum Ausdruck. Ich versichere euch, dass die Kirche weiterhin Brücken der Freundschaft mit den Gläubigen anderer Religionen bauen will, um das wahre Gute jedes Menschen und der gesamten Gesellschaft zu erstreben.

B Veranstaltungen des CIVH

1. ... mehr als nur Gäste

Unter diesem Thema wird im Burghof-Museum in Lörrach eine Ausstellung der Landeszentrale für politische Bildung zum demokratischen Zusammenleben mit Muslimen in Baden-Württemberg zu sehen sein. An der Ausgestaltung des Begleitprogramms ist der CIVH mitbeteiligt.

Ausstellungsdauer: 01. September bis 23. Oktober 2005

Öffnungszeiten: Mittwoch - Samstag, 14.00 - 17.00 Uhr und Sonntag 11.00 - 17.00 Uhr

2. Tage der Offenen Tür

Zeit zum Gespräch und zum Besuch beim Gebet. Vom Samstag, den 08. Oktober bis Donnerstag, den 13. Oktober gibt es jeweils von 13.00 bis 17.00 Uhr Tage der Offenen Tür in der Alperenler-Moschee in Rheinfelden. Gegen 13.22 Uhr findet jeweils das Mittagsgebet und gegen 16.16 Uhr das Nachmittagsgebet statt. Zu diesem Zeitpunkt ist es möglich, beim Gebet anwesend zu sein. An diesen Tagen finden Sie Gesprächspartner in der Moschee.

3. 12. Multireligiöses Gebet

Am Samstag, den 01. Oktober 2005 findet um 16.30 Uhr in der Alperenler-Moschee in Rheinfelden das 12. multireligiöse Gebet von Muslimen und Christen zum Thema: „Gott, Dein ist die Schöpfung“ statt.

4. Iftar-Essen

Am 04. Oktober beginnt für die Muslime die diesjährige Fastenzeit. Bei Einbruch der Dunkelheit wird das Fasten mit einem feierlichen Essen (Iftar-Essen), zu dem man auch Gäste einlädt, gebrochen. Die Türkisch-Islamische Gemeinde, das Rheinbildungszentrum e.V. und das Ehepaar Bogazliyanlioglu, vom Restaurant „Istanbul“ laden in Zusammenarbeit mit dem CIVH zu einem dreitägigen Iftar-Essen ein. Von Freitag, den 14. bis Sonntag, den 16. Oktober wird auf dem Kirchplatz vor der Christus-Kirche ein Zelt stehen. Ab 18.00 Uhr ist dort Jedermann, d.h. auch jede Frau, zum kostenlosen Essen eingeladen und herzlich willkommen.

5. Markt der Möglichkeiten

Am Samstag, den 15. Oktober 2005 ab 11.00 Uhr stellen etwa 50 Vereine aus Rheinfelden im Bürgersaal des Rathauses ihre Arbeit der Öffentlichkeit vor. Wir vom CIVH werden uns daran beteiligen.

6. Mitgliederversammlung des CIVH

Die diesjährige Mitgliederversammlung des CIVH findet am Montag, den 21. November 2005 um 20.00 Uhr in der Alperenler-Moschee, Schafmatt 12 statt. Zentraler Bestandteil der Mitgliederversammlung sind der Rechenschaftsbericht des Vorstandes, der Kassenbericht des Schatzmeisters und die Wahlen zum Vorstand.

7. Reise nach Jordanien

In Zusammenarbeit mit dem CIVH und der Evang. Tagungs- und Begegnungsstätte Schloss Beuggen lädt Herr Salem Sammain vom 29./30. April bis 13./14. Mai 2006 zu einer Reise nach Jordanien ein. Kosten: 1.500,- € (Tel. 07762-1534; eMail: sammain@t-online.de)

8. Reise nach Antakya (Antiochia) in der Türkei

Frau Ulla Renner lädt in Zusammenarbeit mit Christlich-Islamischen Gesellschaft Pforzheim (CIG) zu einer Reise nach Antakya ein. Geplant ist die Reise vom 21. Juni bis 1. Juli 2006. Im Zentrum steht die Teilnahme am interreligiösen Friedensfest an St. Peter und Paul, sowie der Besuch bei Juden, Christen und Muslimen. Gastgeberin ist Schwester Barbara. (eMail: Ulla-Renner@t-online.de)

C Thema: Muslime in unserer Gesellschaft

1. Grundsatzerklärung der SCHURA in Hamburg

Nachdem der Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (ZMD) 2002 eine „Islamische Charta“ mit 21. Artikeln als Grundsatzerklärung zur Beziehung der Muslime zum Staat und zur Gesellschaft verabschiedet hat und damit Position bezog, hat nun auch der Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V. (SCHURA) folgendes Grundsatzpapier veröffentlicht. (www.schura-hamburg.de)

Der Landesverband der Muslime in Hamburg „SCHURA Hamburg“ veröffentlichte ein Grundsatzpapier zu Fragen der Integration und dem Verhältnis von Muslimen zu Staat und Gesellschaft. „Das Grundsatzpapier stellt einen Konsens der durch SCHURA repräsentierten Muslime Hamburgs dar und ist für diese verbindlich“ heißt es in einer Erklärung der Gemeinschaft. SCHURA - Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V. ist ein 1999 gegründeter Zusammenschluss des größten Teils der Moscheegemeinden und islamischen Vereine in Hamburg. Das Grundsatzpapier mit dem Titel „Muslime in einer pluralistischen Gesellschaft“ wurde von einer Arbeitsgruppe formuliert und in einem breiten Diskussionsprozess unter Einbeziehung aller Mitgliedsvereine und über mehrere Mitgliederversammlungen diskutiert und korrigiert. Vom April 2004

Muslime in einer pluralistischen Gesellschaft

Muslime werden immer wieder nach ihren Positionen zu den Grundwerten der deutschen Gesellschaft befragt. Als seit 1999 bestehender Zusammenschluss der Mehrheit der Moscheen und islamischen Vereine in Hamburg, die Sunniten wie Schiiten und Muslime jeglicher Herkunft umfasst, haben wir diese Herausforderung angenommen: In einem intensiven innerislamischen Diskussionsprozess unter Einbeziehung aller unserer Mitgliedsvereine einschließlich auch ihrer theologischen Vertreter haben wir nachfolgendes Grundsatzpapier erarbeitet. Dieses stellt damit einen Konsens der durch SCHURA repräsentierten Muslime Hamburgs dar und ist für diese verbindlich. Wir bemühen uns darin um eine eindeutige Standortbestimmung in wesentlichen Fragen des Verhältnisses von Muslimen zu Staat und Gesellschaft.

Der Islam ist ein Teil der Gesellschaft

Die Existenz einer muslimischen Minderheit ist eine Realität in Deutschland. Wenngleich der Islam auch in Europa keine neue Erscheinung ist und es in Deutschland schon seit Anfang des letzten Jahrhunderts Muslime gegeben hat, ist die muslimische Minderheit in ihrer heutigen Form ein Ergebnis der Migrationsbewegungen nach dem zweiten Weltkrieg.

Mit 3,2 Millionen Muslimen in Deutschland (in Hamburg sind es ca. 130.000) ist der Islam die drittgrößte Religionsgemeinschaft, seine Präsenz ist gerade in Großstädten wie Hamburg unübersehbar: Moscheen, Frauen in islamischer Kleidung, Geschäfte und Restaurants mit Lebensmitteln nach islamischen Bedürfnissen wie auch eine muslimische Präsenz in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur sind Teil des alltäglichen Lebens. 500.000 Muslime besitzen bereits die deutsche Staatsangehörigkeit und viele werden sie noch erwerben. Aber auch jene ohne deutschen Pass sehen sich nicht mehr als „Ausländer“, sondern als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Sie sind keine Randerscheinung, sondern Teil der Gesellschaft und gestalten diese bereits mit.

Diese Entwicklung hat die deutsche Gesellschaft durchaus verändert. Aber auch die meisten Muslime sind in eine für sie neue gesellschaftliche Situation gekommen, für die es im Islam kaum ein historisches Beispiel gibt: Obwohl im Zuge der Arbeitsmigration aus dem Mittelmeerraum gekommene Muslime die Mehrheit bilden, haben sich im Laufe der Zeit Muslime aus beinahe der gesamten islamischen Welt hier niedergelassen. Sie haben ihre Sprachen und kulturellen Traditionen mitgebracht und geben zusammen mit den deutschstämmigen Muslimen dem Islam in Deutschland ein sehr vielfältiges Bild. Zusammen bilden sie eine islamische Minderheit in einer Mehrheitsgesellschaft, die historisch wesentlich durch das Christentum geprägt wurde, heute jedoch einen säkularen und pluralistischen Charakter angenommen hat.

Grundgesetz und Islam sind miteinander vereinbar

Diese plurale Gesellschaft besteht aus Menschen unterschiedlicher Religionen und solchen, die keine Religion haben, aus Menschen unterschiedlicher Herkunft und kultureller Identität sowie aus Menschen unterschiedlicher Weltanschauung. Die rechtliche Basis ihres gesellschaftlichen Zusammenlebens ist eine Grundordnung wie sie sich aus dem Grundgesetz mit den Prinzipien der Menschenrechte, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und des Säkularismus ergibt. Diese gewährleisten die Rechte und Freiheiten aller Mitglieder der Gesellschaft.

Für uns Muslime ist gesellschaftliche Vielfalt eine von Gott gewollte und somit positive Erscheinung. Wir bekennen uns vorbehaltlos zu dieser demokratischen Grundordnung und sehen hierin auch keinen Widerspruch zu den Prinzipien und Lehren unseres Glaubens. Als Bürger dieser Gesellschaft, in Anbetracht der Grundsätze der Menschenrechte und Demokratie wie auch der Dynamik des islamischen Rechts und der kollektiven Vernunft besteht für uns keine Unvereinbarkeit zwischen Grundgesetz und Scharia.

Im Qur'an spricht Gott selbst von der Notwendigkeit von „schura“, also der politischen Partizipation der Gesellschaftsmitglieder, welche in unserer heutigen Gesellschaft am besten durch einen demokratischen Willensbildungsprozess zu gewährleisten ist. Es war eine der zentralen Leistungen des Propheten Muhammad (Friede sei mit ihm) in der Stadt Medina einer Gesellschaft in Chaos und

Rechtlosigkeit eine Rechtsordnung gegeben zu haben, womit die Schaffung von Rechtsstaatlichkeit ein ursprüngliches Anliegen des Islam ist.

Gott verpflichtet uns zur Erhaltung des Lebens und verbietet uns das Töten. So heißt es im Qur'an: „Wer ein menschliches Wesen tötet, ohne dass es einen Mord begangen oder auf der Erde Unheil gestiftet hat, so ist es, als ob er alle Menschen getötet hätte. Und wer es am Leben erhält, so ist es, als ob er alle Menschen am Leben erhält.“ (5, 32)

Wir Muslime lehnen deshalb auch Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab. Ein Widerstandsrecht erkennt der Islam im Falle von Unrecht und Unterdrückung an. Ein unter diesen Umständen legitimer Widerstand muss in seinen Mitteln aber maßvoll und wohl abgewogen sein. Gewaltsamer Widerstand ist dabei nur dann erlaubt, wenn zur Befreiung von schwerer Unterdrückung keine andere Möglichkeit verbleibt. So lange jedoch eine verfassungsmäßige Ordnung die Rechte der Menschen gewährleistet, ist der Eintritt dieses Tatbestandes ausgeschlossen.

Somit ist gewaltsamer Widerstand in einer Gesellschaft, die nach Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten organisiert ist, ohne Legitimation. In so einer Gesellschaft ist jede gesetzwidrige Handlung mit der islamischen Lehre und religiöser Vernunft unvereinbar und muss als eine unislamische zurück gewiesen werden.

Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind von existenzieller Bedeutung

Die Gewährleistung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist für uns von existenzieller Bedeutung. Dabei sehen wir auch eine entscheidende Beteiligung von Minderheiten an gesellschaftlichen Willensbildungsprozessen als einen wichtigen Indikator für eine stabile und wahre Demokratie an. Die Muslime sind gerade deshalb dazu aufgerufen, diese zu fördern, zu entwickeln und jederzeit aktiv zu verteidigen.

Wir begreifen diese Notwendigkeit auch vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte: Die nationalsozialistische Diktatur und die Verfolgung und Vernichtung der Juden und anderer Minderheiten haben gezeigt, dass Minderheiten nur dann sicher leben können, wenn der Bestand einer demokratischen Rechtsordnung gewährleistet ist und die Gesellschaft insgesamt unterdrückerischen Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie in jeder Form entschlossen entgegentritt.

Wir Muslime bekennen uns also zu dieser Gesellschaft und ihren Grundwerten. Mit Menschen anderer Religion oder Weltanschauung wünschen wir einen offenen und kritischen Dialog bei gegenseitiger Achtung. Wir streben dadurch ein offenes und bereicherndes Miteinander an, das auch Umorientierungen und Lernzuwachs auf allen Seiten einschließt. Der Islam erachtet ganz grundsätzlich den Dialog mit anderen Religionen und Weltanschauungen als einen Weg zur Entwicklung von Kulturen und Zivilisationen.

Wir wollen unseren Glauben in Verantwortung und Respekt frei praktizieren

Gleichzeitig wollen wir im Rahmen dieser Gesellschaft unseren Glauben und unsere Lebensweise frei praktizieren. Da für uns der Glaube an Gott und die Befolgung seiner Gebote im Mittelpunkt unseres Lebens steht, ist diese Glaubensfreiheit für uns von zentraler Bedeutung. Dies umfasst insbesondere

- den Bau von Moscheen inklusive dazugehöriger Sozial- und Bildungseinrichtungen im innerstädtischen Bereich bzw. in Wohngebieten mit hohem muslimischem Bevölkerungsanteil;
- die Erlaubnis zum ritualisierten Schlachten (Schächten) zur ausreichenden Versorgung der Muslime mit geschächtetem Fleisch sowie zur Ermöglichung des Schächtens am Opferfest;
- Frauen müssen das Recht haben, sich nach islamischen Vorschriften zu kleiden, auch am Arbeitsplatz und auch im öffentlichen Dienst;
- die Bestattung der Toten auf muslimischen Friedhöfen oder Gräberfeldern nach islamischen Regeln;

- die unterrichtliche Behandlung des Islam in allen in Frage kommenden Fächern an den Schulen auch durch muslimische Lehrkräfte, die an deutschen Universitäten auszubilden sind mittels dafür zu schaffender Lehrstühle für islamische Theologie;
- den Schutz der zentralen islamischen Feiertage;
- den gleichberechtigten Zugang von Muslimen zu öffentlich-rechtlichen Medien;
- das Verbot jeder Art von Diskriminierung aus religiösen Gründen.

Wir haben eine Pflicht zu gesellschaftlichem Engagement

Religion, so wie wir Muslime sie verstehen, ist nicht nur die Beziehung eines Individuums zu Gott und eine Angelegenheit der Privatsphäre. Die Praktizierung des Glaubens beinhaltet eine islamische Lebensweise und hat somit immer eine gesellschaftliche Dimension.

Auch hat nach islamischem Verständnis der Mensch eine von Gott auferlegte Pflicht zu gesellschaftlicher Verantwortung und gesellschaftlichem Engagement: Der Muslim ist, wie es im Qur'an mehrfach heißt, dadurch gekennzeichnet, dass er „glaubt und gute Werke tut“. Dies umfasst sowohl die Solidarität zu Glaubensgeschwistern in aller Welt als auch die Verantwortung für die Gesellschaft, in der wir leben. Dieses Engagement kann sich auf unterschiedliche Bereiche erstrecken wie z.B. die Bekämpfung von sozialem Elend und Arbeitslosigkeit, politischer Verfolgung und Unterdrückung, Drogenproblemen und Kriminalität usw.

Da wir Muslime uns als Teil dieser Gesellschaft begreifen, wollen wir in diesem Sinne auch an der Gestaltung der Gesellschaft aktiv teilhaben. Es ist ein Engagement für alle Mitglieder dieser Gesellschaft und das Gemeinwesen als Ganzes, nicht nur eine partikularistisch orientierte Interessenvertretung für Muslime. So sehen wir Muslime auch unser religiös motiviertes politisches Engagement. Dabei lassen wir uns von zentralen Werten unseres Glaubens leiten:

- Gerechtigkeit ist für Muslime das zentrale Kriterium jeder Sozial- und Wirtschaftsordnung, deren Ziel es sein muss, zu aller erst jedem einzelnen Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen.
- Die Bewahrung der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen, die auf der göttlichen Schöpfung beruhen, hat Vorrang vor anderen Interessen. Aus Verantwortung für die nächsten Generationen unterstützen wir alle Maßnahmen, die eine nachhaltige Entwicklung fördern.
- Der Mensch ist nach islamischer Sicht ein gesellschaftliches Wesen und seine gemeinschaftlichen Bindungen, insbesondere die Familie, genießen besonderen Schutz und besondere Förderung.
- Die Frau und der Mann sind vor Gott und dem Gesetz gleich gestellt. Wir stellen uns gegen jede Instrumentalisierung der Frauenfrage egal durch wen. Die Zukunft der muslimischen Frau ist selbstbestimmt, frei und solidarisch mit allen Frauen.
- Schutz des Rechtes aller Individuen und gesellschaftlichen Gruppen, frei von Unterdrückung, Bedrohung und dem Missbrauch staatlicher Gewalt zu leben.

Wir erhoffen eine konstruktive Auseinandersetzung

Wir haben mit diesem Grundsatzpapier dargelegt, dass es aus unserer Sicht gemeinsame Werte gibt, auf deren Basis sich ein gleichberechtigtes Zusammenleben mit der Mehrheitsgesellschaft verwirklichen lässt. Wir erhoffen uns, dass dieses Diskussionsangebot auf breites Interesse stößt und Ausgangspunkt wird für eine intensivere konstruktive Auseinandersetzung.

2. Nicht der Islam ist frauenfeindlich ...

Gespräch mit der islamischen Theologin Hamideh Mohagheghi.
Frau Mohagheghi (50) lebt seit dreißig Jahren in Deutschland. Sie hat im Iran Jura studiert und in Deutschland islamische Theologie. Als Vorstandsfrau des Frauennetzwerkes Huda (www.huda.de) und Autorin der gleichnamigen Zeitschrift für muslimische Frauen engagiert sie sich seit Jahren für die Emanzipation der Musliminnen und die Entwicklung eines Islams, der in einer westlichen Gesellschaft zu Hause ist.

zeitzeichen: Wenn sich die deutschen Medien mit muslimischen Frauen in Deutschland beschäftigen, dominieren Themen wie Ehrenmorde, Zwangsverheiratungen oder das Kopftuch. Hilft diese Berichterstattung den Musliminnen oder schadet sie ihnen eher?

Hamideh Mohagheghi:

Ich möchte diese Frage nicht mit Ja oder Nein beantworten. Ich bin natürlich dafür, dass diese schlimmen Dinge publik gemacht werden, damit wir gemeinsam dagegen vorgehen können. Aber das Bild in den Medien ist doch einseitig: Es sollte auch gezeigt werden, dass es muslimische Frauen gibt, die anders leben und zufrieden und glücklich sind.

Dürfen wir eine persönliche Frage stellen? Sie tragen auch ein Kopftuch. Warum?

Ich trage es nicht, weil es meine religiöse Pflicht ist. Ich sehe das Kopftuch als einen Teil meiner Identität, die ich nicht einfach ablegen kann. Ich bin damit aufgewachsen, habe mich damit auseinandergesetzt, habe eine Zeitlang auch kein Kopftuch getragen und war dennoch nicht ganz zufrieden. Es gehört einfach zu meiner Kleidung.

Und was sagen Sie zu den Gesetzen, die es muslimischen Lehrerinnen verbieten, in der Schule Kopftuch zu tragen?

Das sehe ich zwiespältig. Ich kann einsehen, dass Lehrerinnen als Staatsbeamtinnen eine gewisse Pflicht zur Neutralität haben. Aber dennoch bin ich der Meinung, dass die Gesetzgebung und das Verbot dazu geführt haben, dass muslimische Frauen allgemein unter Generalverdacht stehen. Außerdem fürchte ich, dass diese Verbote weitere Kreise ziehen. In Hessen soll ein Kopftuchverbot für alle Staatsbeamtinnen gelten. Davor habe ich Angst.

Was genau macht Ihnen Angst?

Die Bevormundung der Frauen. Ich finde es ebenso schlimm, wenn die Frauen gezwungen werden ein Kopftuch zu tragen, wie wenn sie gezwungen werden, es nicht zu tragen, obwohl sie es frei und aus eigener Überzeugung tragen möchten. Kleidung ist etwas Intimes, und jede Frau muss die Möglichkeit haben, selbst zu entscheiden, wie sie sich kleiden möchte.

Was ist Ihres Erachtens das wichtigste Problem der muslimischen Frauen in Deutschland?

Unter Musliminnen – nicht nur in Deutschland – gibt es immer noch viele Frauen, die sich vorschreiben lassen – etwa von ihrem Mann –, wie sie ihre Religion zu verstehen haben. Ich möchte nicht behaupten, dass es die Mehrheit ist, aber es gibt doch eine beachtliche Zahl von Frauen, die sich nicht die Freiheit nehmen, selber zu forschen und darüber nachzudenken, was die Religion für sie als Frau bedeutet und wie sie zu praktizieren ist. Am Sorgentelefon für muslimische Frauen spreche ich oft mit Frauen, die zweifeln, ob die Art wie sie leben, tatsächlich islamisch ist. Sie hören auf ihren Mann – obwohl sie unsicher sind. Mitunter führt das zu einer schrecklichen Zerrissenheit.

Worauf führen Sie diese Dominanz des Mannes zurück? Liegt das im Islam begründet? Ist der Islam vielleicht frauenfeindlich?

Nein, das liegt an den traditionellen patriarchalischen Strukturen, die in den Herkunftsländern vieler Migrantinnen immer noch existieren. Nicht der Islam ist frauenfeindlich, aber es gibt Muslime, die frauenfeindlich werden, die sich das Recht nehmen, Frauen von bestimmten Sachen auszuschließen. Wie in Afghanistan etwa, wo den Frauen unter Berufung auf den Islam verwehrt wurde, sich Wissen anzueignen. Dabei ist das Lernen eine Grundlage des Islam.

Sie sagen, wenn der Islam in patriarchalischen Strukturen gelebt wird, kann er frauenfeindlich werden. Aber war das je anders? Wie ist das Verhältnis von Islam und der Frauenfrage?

Ich würde sagen, dass der Islam für die Frauen auf der arabischen Halbinsel im 7. Jahrhundert etwas Emanzipatorisches hatte. Sie wurden zum Beispiel als Rechtspersonen anerkannt. Die negative Entwicklung führe ich auf die Art und Weise zurück, wie die Muslime – meistens Männer – den Islam interpretiert haben.

Und wie lässt sich das ändern, mal ganz einfach und doch kompliziert gefragt?

Ich plädiere immer dafür, dass die Frauen selbst tätig werden. Sie müssen aufstehen und sagen: Wir können der Koran selber interpretieren. Wir brauchen niemanden, der für uns denkt.

Aber ist es denn möglich, dass eine Frau in einer Moschee aufsteht und sagt: Das und das halte ich für richtig. Hat sie überhaupt eine Chance, gehört zu werden?

Es gibt Moscheen, in denen die Frauen ihre eigenen Veranstaltungen haben und sich austauschen. Aber es sind viel zu wenige. Ein Problem ist, dass viele muslimische Frauen zu schnell mit dem einverstanden sind, was ihnen von einer Autoritätsperson erzählt wird. Einfach, weil ihnen die Bildung fehlt.

Was heißt das praktisch? Wo kann man ansetzen?

Eben bei der Bildung. Damit Frauen und Männer eine religiöse Bildung bekommen, plädiere ich sehr stark für islamischen Religionsunterricht in der Schule. Weil die Kinder dadurch von klein auf lernen, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Glauben, der eigenen Religion möglich ist. Und das können die Kinder nur in der Schule lernen. Nicht in der Moschee.

Dazu gehört dann auch, den Koran im historischen Kontext zu lesen – wofür Sie ja auch eintreten.

Ja. Wobei die historische Kritik nicht den gesamten Koran betrifft. Die Abschnitte über die Glaubensgrundlagen und die ethischen Werte sind zeitlos gültig, auch die Prophetengeschichten kann man einfach so lesen. Aber es gibt eben wichtige Abschnitte, die sich auf gesellschaftliche und rechtliche, vor allem zivilrechtliche Angelegenheiten beziehen. Wenn man diesen Teil wortwörtlich in unsere Zeit überträgt, macht das immer Bauchschmerzen. Ihn müssen wir in seinem historischen Kontext lesen. Man muss die Umstände der damaligen Zeit studieren, um zu verstehen, welche Rolle ein Vers für die damalige Gesellschaft gespielt hat. Warum er offenbart worden ist. Nicht, was wortwörtlich in diesen Versen steht, ist für uns heute wichtig, sondern welcher Geist daraus spricht.

Ein Beispiel: In Sure 4, 34 heißt es, dass eine widerspenstige Frau erst gemahnt werden soll, dann soll ihr Ehemann ihr das Bett verweigern, und wenn das nicht hilft, darf er sie schlagen. Wie gehen Sie mit so einem Vers um?

Das ist der einzige Vers im Koran, mit dem ich ganz große Probleme habe – weil es nicht zum Wesen des Islam passt, dass ein Mensch einen anderen so bevormundet. Es gibt neuere Interpretationen dieses Verses – auch von Frauen –, die erklären, dass es damals schon fortschrittlich war, dass diese drei Schritte auch für eine Frau gelten sollten. Die Frauen wurden Rechtspersonen, sie wurden nicht mehr einfach in die Wüste gejagt wie es vorher üblich war. Das ist eine Interpretation, mit der ich leben kann.

Wenn ein muslimischer Mann aber sagt: „Im Koran steht, dass ich das Recht habe meine Frau grün und blau zu schlagen“, dann werde ich – mit Verweis auf andere Stellen – entgegnen: „Nein. Diese Argumentation ist nicht akzeptabel.“ Weil der Koran und der Islam dieses „Sich-über-jemand-anderen-erheben“ nicht zulassen.

Ein anderes Beispiel ist das Erbrecht. Im Koran steht, dass Töchter deutlich weniger erben als ihre Brüder.

Das ist eine sinnvolle Regelung für Gesellschaften, in denen nach dem Tod des Vaters der Sohn oder die Söhne gemeinsam für die Mutter und die Schwester verantwortlich sind, die noch zu Hause leben. Solange sie im Hause des Vaters lebt, muss der Bruder ihren Unterhalt zahlen. Deswegen bekommt er mehr. Wenn man allerdings in einer Gesellschaft lebt, in der Frauen dieselbe finanzielle Verantwortung übernehmen wie Männer, wie das heute der Fall ist, muss man darüber diskutieren, ob die Verse für unsere Zeit noch gelten oder entsprechend anders interpretiert werden müssen.

Wir haben vorhin über die Notwendigkeit von Bildung gesprochen. Viele Muslime in Deutschland kommen ursprünglich aus ländlichen Gebieten, in denen der Islam eng mit archaischen Gebräuchen verbunden ist. Welche Chancen sehen Sie denn, dass in so einem Milieu Ihre Botschaft eines aufgeklärten Islam ankommt?

Es sind nur kleine Schritte möglich. Man muss im Gespräch zu bleiben. Innerislamisch ist da sehr viel in Bewegung. Ein Beispiel: Als in Niedersachsen der islamische Religionsunterricht eingeführt werden sollte, da waren unterschiedlichste Gruppierungen an einem Tisch. Es hat anderthalb Jahre gedauert, bis wir uns auf ein gemeinsames Konzept einigen konnten. Wir hatten sehr anstrengende Sitzungen, es schien, als kämen wir gar nicht weiter. Jeder beharrte auf seinem Standpunkt, es bewegte sich nichts. Aber wir haben es geschafft. Und das zeigt mir, dass es möglich ist. Man muss bereit sein, Kompromisse zu schließen, man kann aber auch, wenn es wichtig ist, hartnäckig bleiben – und immer und immer wieder darüber diskutieren.

Sehen Sie also eine realistische Chance, dass sich gegen den starken Einfluss von saudi-arabischer Seite oder der Türkei, dieses Pflänzchen liberaler deutscher Islam durchsetzen kann?

Mit den Begriffen habe ich Schwierigkeiten. „Deutscher Islam“ ist für mich negativ behaftet. Jedenfalls, wenn damit gemeint ist, dass den Muslimen vorgeschrieben werden soll, wie sie den Islam zu leben haben. Das schmeckt schon wieder nach Bevormundung. Ich bin aber tatsächlich der Meinung, dass wir Muslime, die wir in westlichen Ländern leben, einen Weg finden müssen, als gut integrierte Menschen mit islamischen Glauben hier leben zu können. Das ist nicht einfach. Ich habe selbst zwei Kinder – aber gerade für sie muss man einen Weg finden. Es geht im Grunde darum, die Essenz unseres Glaubens zu benennen, herauszuarbeiten, was wirklich wichtig ist. Denn es reicht nicht aus, an den Traditionen festzuhalten, die wir mitbekommen haben. Es ist eine sehr

anspruchsvolle Aufgabe, einen neuen Weg zu finden, um das Leben hier und unseren Glauben zu vereinbaren.

Können Sie Beispiele nennen?

Wir haben zwei Töchter, da stellt sich irgendwann etwa die Frage, ob sie ausgehen und einen Freund haben dürfen. An dem Punkt entzündeten sich in muslimischen Familien oft schreckliche Konflikte. Wir haben versucht, einen Mittelweg zu finden: Sie waren frei, sie konnten ausgehen, sie konnten mit Freunden zusammen sein. Aber sie wussten, dass es Grenzen gibt. Dass wir etwa gegen vorehelichen Sex sind – allerdings nicht aus religiösen Gründen, sondern aufgrund von ethischen, menschlichen Werten. In Familien, die nur die traditionelle Denkweise kennen, ist so etwas fast unmöglich, weil die Angst vor dem, was passieren wird, wenn man die Tochter oder den Sohn nicht richtig in der Hand hat, so groß ist – es ist ein Balanceakt.

Wir Muslime können nicht alles gut heißen, was in dieser Gesellschaft als normal gilt. Viele ziehen sich dann zurück und schimpfen, alles sei schlecht in Deutschland – nur die eigene Tradition sei gut. Aber das ist nicht der Weg. Der Weg zu einem Islam, der hier lebensfähig ist, heißt sowohl das Positive an dieser Gesellschaft zu sehen, als auch das Positive an unserer Religion und immer wieder zu fragen, was zusammenpasst, aber auch, wo wir unterschiedlicher Meinung bleiben. Ich bin der Meinung, dass es möglich ist, diese beiden Kulturen und Religionen zusammen zu bringen. Aber es ist ein schwerer Weg.

Würde es helfen, wenn die deutsche Sprache auch in der Moschee eine größere Rolle spielen würde? Oder ist das Arabische per Definition die heilige Sprache, an die sich eben alle halten müssen, beziehungsweise die dann alle lernen müssen?

Was die rituellen Gebete angeht, die alle Moslems egal welcher Nationalität beten, finde ich es gut, wenn sie arabisch gesprochen werden, denn das verbindet uns.

Gesetzt den Fall, die Menschen haben Arabisch gelernt und wissen die Bedeutung dessen, was sie aussprechen. Alles andere, die Freitagspredigt etwa oder die freien Gebete, sollte auf Deutsch gehalten werden, denn das ist unsere gemeinsame Sprache hier. In diese Richtung geht auch die Entwicklung.

Gibt es denn in Deutschland schon liberale Moschee-Gemeinden, wo das, was Sie anstreben, wenigstens ansatzweise verwirklicht ist?

Ich gehe nicht so oft zur Moschee. Ich habe aber Kontakt zu verschiedenen Gemeinden und meine Position mit unterschiedlichen Imamen diskutiert. Bis jetzt habe ich keine direkten Anfeindungen erlebt. Manchmal verweisen Imame Rat suchende Frauen auch an unser Netzwerk – eine gewisse Anerkennung ist also da. Und es gibt Gelehrte, die liberale Denksätze haben. Aber mit Zahlen kann ich nicht dienen. Es gibt keine Statistik. Ich bin auch für die kleinen Fortschritte dankbar. Und ich glaube, dass es in der Mehrheit der Gemeinden Einzelne gibt, die kleine Schritte tun.

Was wäre denn so ein kleiner Schritt?

Dass sie den Frauen zuhören – selbst wenn sie nicht gleich akzeptieren, was sie sagen.

Man merkt, es ist ein harter Weg, den Sie gehen, und die Fortschritte sind im Vergleich zum Aufwand doch recht bescheiden. Was gibt Ihnen eigentlich die Kraft für Ihren Kampf? Warum lassen Sie sich nicht entmutigen?

Das hat mit meinem Glauben zu tun. Ich bin von meinem Glauben überzeugt, und ich finde es schlimm, was diesem Glauben durch die patriarchalischen Verhaltensweisen angetan wird. Natürlich gibt es Momente, in denen ich sage: Warum mache ich das überhaupt? Aber mein Glaube gibt mir Kraft – und ich sehe es als meine religiöse Aufgabe, in dieser Richtung weiter zu machen.

Und können Sie erklären, was den islamischen Glauben für Sie so wichtig macht?

Er ist eine Lebensweise, die ich mir seit fünfzig Jahren angeeignet habe. Ich habe mich sehr viel mit meinem Glauben auseinandergesetzt. Und ich habe ihn durch Liebe und starke Überzeugung anderer Menschen erfahren. Das hat mich sehr geprägt. Schon als Kind, als ich diesen Glauben manchmal sehr streng fand. Dennoch, auch diese Strenge wurde mir mit Liebe gegeben. Und das kann ich nicht einfach ignorieren. Das liegt mir im Blut.

Wie wäre es für Sie, wenn eine Ihrer Töchter sich vom Islam abwenden und Christin würde?

Ich wäre nicht glücklich. Aber ich bin auch der Meinung, dass jeder Mensch frei wählen kann, in welche Richtung er gehen will. Diese Freiheit haben wir unseren Kindern auch vermittelt.

Sie würden nicht sagen: Diese Tochter ist für mich gestorben.

Absolut nicht. Mein Mann und ich sind uns einig, dass wir unsere Kinder immer begleiten – welche Richtung sie auch einschlagen. Natürlich hoffen Eltern, dass die Kinder den Weg gehen, den auch sie gegangen sind. Aber in meinem Glauben gibt es auch eine Überlieferung, die sagt: Wir müssen

unsere Kinder in ihrer Zeit erziehen und nicht in unserer Zeit. Wir haben ihnen gegeben, was wir konnten. Aber jetzt sind sie erwachsen und können eigene Wege gehen. Wir werden natürlich diskutieren – aber es ist ihr Leben.

Wie kann denn die Mehrheitsgesellschaft die Entwicklung, die Ihnen vorschwebt – also hin zu einem liberalen Verständnis von Islam –, unterstützen?

Zum einen ist es mit Blick auf die Zukunft wichtig, Kinder und Jugendliche wirklich zu integrieren, ihre Chancen in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Und dann wünsche ich mir, dass sich die negative Grundhaltung ändert, mit der viele Menschen Muslimen begegnen. Es wird zwar immer beteuert, dass es keinen Generalverdacht gebe, dass man die liberalen Muslime mit der Kritik gar nicht meine.

Aber ich erlebe in vielen Begegnungen: Es gibt eine gewisse Skepsis gegenüber allen Muslimen. Es ist egal, was ich sage oder wie ich lebe, mir wird signalisiert: „Du tust doch nur so liberal.“ Als sei mein Leben nur gespielt und eigentlich sei ich ganz anderer Meinung. Das macht so müde. Irgendwann hat man keine Lust mehr, sich immer wieder vorwerfen zu lassen, dass man eigentlich nicht ehrlich sei.

Sie engagieren sich ja auch im christlich-muslimischen Dialog. Mit was für einem Ziel tun Sie das?

Zum einen finde ich es wichtig, dass wir einander kennen und verstehen lernen. Für mich als eine religiöse Person ist es wichtig zu wissen, wie die anderen glauben oder an was sie glauben. Ich möchte es von ihnen selber hören, nicht nur durch die Erzählungen, die in meiner Religion kursieren. Ich möchte von Christen hören, wie sie sich selbst definieren und wie sie leben. Das ist auch die Voraussetzung um nach Gemeinsamkeiten zu suchen, die für ein Zusammenleben in einer Gesellschaft wichtig sind. Etwa religiöse und ethische Werte, auf denen man aufbauen kann. Genau so wichtig ist es, die Unterschiede kennen zu lernen und sie mit Respekt stehen zu lassen.

Was können denn Christen von Muslimen lernen?

Das kann ich nicht sagen. Ich kann nur sagen, was Muslime von Christen lernen können: den kritischen Umgang mit der Religiosität etwa. Damit haben die Christen früher begonnen als die Muslime – indem sie sich kritisch mit ihrem Glauben auseinandergesetzt haben. Allerdings möchte ich nicht, dass der kritische Umgang zu einer Gleichgültigkeit mit Blick auf die Religion führt. Im Christentum sind ja leider viele Menschen sehr gleichgültig geworden, aber auch davon können wir Muslime lernen. Wir sehen die positiven und die negativen Seiten und versuchen einen Weg einzuschlagen, der vielleicht etwas besser ist – oder jedenfalls anders.

Quelle: zeitzeichen 6/2005

3. Chancenlos im Bewerber-Wettkampf

Junge Ausländer sind bei der Ausbildungssuche klar im Nachteil

FREIBURG. Jugendliche Ausländer und Aussiedler haben bei ihrem Start in den Beruf viel schlechtere Karten als junge Deutsche. Selbst bei gleichem Schulabschluss ist die Ungleichheit bei der Lehrstellensuche enorm. Folge: 40 Prozent der 20- bis 30-jährigen Einwanderer in Baden-Württemberg sind ohne Berufsabschluss. Bei den Deutschen sind es lediglich zehn Prozent.

Seit Mitte der 90er Jahre beginnen jedes Jahr weniger junge Ausländer eine Ausbildung. Obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nahezu gleich geblieben ist, sank ihre Quote an allen Lehrlingen bundesweit von zehn auf sechs Prozent. Im Südwesten ist nur jeder zehnte Lehrling Ausländer - obwohl 18 Prozent der Baden-Württemberger in diesem Alter keinen deutschen Pass haben. So steht es im Landesjugendbericht.

Die Folge: Die Arbeitslosenquote unter Ausländern liegt in Baden-Württemberg doppelt so hoch wie unter Deutschen. Das Risiko, von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II leben zu müssen, ist für Menschen ohne deutschen Pass drei Mal so groß.

Die ungleichen Startpositionen zu Beginn des Berufsleben liegen einerseits an oft niedrigen Schulabschlüssen, mangelhaften Sprachkenntnissen, sozialen Problemen vieler Migrantenfamilien - und teilweise auch an mangelnder Motivation. Das belegt eine Studie des Instituts für Südwestdeutsche Wirtschaftsforschung (ISW) aus dem Jahr 2003. Von den 90 000 Ausländern zwischen 20 und 29 Jahren in Baden-Württemberg ohne Berufsabschluss hat die Hälfte nie eine Lehrstelle gesucht.

Doch die Chancenungleichheit zwischen Deutschen und Nichtdeutschen liegt nicht in erster Linie an den jungen Ausländern selbst. Von "Diskriminierung bei der Bewerbung um Ausbildungsplätze"

spricht die ISW-Studie. Genauer wird der aktuelle Berufsbildungsbericht der Bundesregierung. Selbst bei gleichem Schulabschluss ist die Ungleichheit enorm: Zwei Drittel aller Deutschen mit Realschulabschluss finden eine Lehrstelle, aber nur ein Viertel der Ausländer. Besonders ernüchternd heißt es in dem Bericht, "dass sich bei Jugendlichen ausländischer Nationalität die Chancen auf einen Ausbildungsplatz mit steigender schulischer Vorbildung nicht erhöht."

Eine Studie der Bundesagentur für Arbeit aus dem Jahr 2002 zeigt, dass 56 Prozent aller deutschen und 39 Prozent aller ausländischen Bewerber erfolgreich sind, also eine Lehrstelle finden. Und dies, obwohl die Ausländer hartnäckiger sind. Denn durchschnittlich schreiben sie mehr Bewerbungen.

Quelle: Badische Zeitung vom Donnerstag, 16. Juni 2005 - Wirtschaft

4. Erstes Kopftuchverbot im Kindergarten

Ebersbach (dpa) In Baden-Württemberg ist ein neuer Kopftuchstreit entbrannt: Die Stadt Ebersbach hat eine Muslimin beurlaubt, weil diese im Kindergarten mit Kopftuch arbeiten wollte. Auch in Kindergärten sei das Tragen religiöser Symbole verboten, sagte Bürgermeister Edgar Wolff. Die Stadt orientiere sich am Landesschulgesetz, das Lehrerinnen das Kopftuchtragen verbiete.

Quelle: Badische Zeitung vom 23.08.2005

D Zum Schmunzeln und Nachdenken

1. Die gute Lüge

Einst, so habe ich gehört, sollte auf Befehl des Padeschah ein Gefangener getötet werden. Da begann dieser Verurteilte in seiner Verzweiflung den König zu lästern und zu beschimpfen – wie ja gesagt worden ist:

Sein Innerstes verrät, wem der Tod vor Augen steht.

„Was redet er denn da?“ verlangte der Schah zu wissen. Einer der Wazire, ein Mann, in dessen Herzen die Güte wohnte, erwiderte: „Er sagt, o Majestät, dass Gott mit jenen ist, die ihren Zorn überwinden und den Menschen vergeben ...“

Darauf erbarmte sich der Herrscher auch wirklich des Verurteilten und begnadigte ihn. Ein anderer Minister, der das gehört hatte und in allem das Gegenteil jenes ersten war, ergriff schnell Gelegenheit und Worte und erklärte:

„Es steht unsresgleichen nicht wohl an, in der Gegenwart von Majestäten etwas anderes zu äußern als nur die reine Wahrheit und in Wahrheit hat dieser Kerl da die Majestät mit Schmähreden beleidigt!“

Was geschah hierauf? Änderte der Schah seine Meinung von neuem? Nun, er verzog wohl das Gesicht, doch galt sein Ärger nicht dem ersten, sondern dem zweiten Wazir, und er sprach: „In diesem Falle ist mir die Lüge lieber gewesen als die Wahrheit; denn *diese* wurzelt in Böswilligkeit, während *jene* Gutes stiften wollte. Und es sagen doch die Weisen:

Besser ist die wohlgemeinte Lüge, als dass Wahrheit böse Wunden schläge.“

Quelle: Saadi von Schiras: Hundertundeine Geschichte aus dem Rosengarten

2. Raum des Rechts und der Freiheit - CORNELIA COENEN-MARX, Oberkirchenrätin

Flughafen Charles de Gaulle in Paris. Wer hier zwischenlandet, muss Zeit genug zum Umsteigen mitbringen – so wie an anderen großen Drehkreuzen, in Frankfurt am Main oder Schiphol. So bleiben manchmal zwei, drei Stunden für einen Imbiss, einen Einkaufsbummel oder ein paar Telefonate. Vielleicht auch für den Besuch der Flughafenkapelle. In Paris liegt sie auf der unteren Etage zwischen Ankunfts- und Abflughalle – im Bauch des Flughafens. Ich landete dort in der Mittagspause auf dem Weg von Hannover nach Kairo. Es war nicht schwer, dieses so genannte „Spirituelle Zentrum“ zu finden. Die Tür stand offen, eine große Menge muslimischer Männer drängte herein. Eine Moschee? Das Schild am Eingang wies untrüglich aus: Dies ist ein Zentrum für Christen, Juden

und Muslime. Vom Innenraum gingen offenbar drei Türen ab; die mittlere führte zu der kleinen Moschee, die beiden anderen zu Kirche und Synagoge.

In die Moschee hineinzukommen war unmöglich. Die Tür stand zwar offen, aber nur damit die Männer davor mitbeten konnten. Denn im Innern herrschte drangvolle Enge, und auch draußen breitete sich ein Gebetsteppich an den anderen, bis an die Wand, wo sich die Schuhe der Besucher stapelten. Vorsichtig bahnte ich mir meinen Weg. Jemand fuhr mich an; ich war auf einen Gebetsteppich getreten. Nein, wer die Schuhe nicht auszog, hatte selbst im Vorraum keine Chance. Die Synagoge war übrigens leer, auch die christliche Kapelle. Nur die Eintragungen ins Fürbittbuch, das dort ausliegt, ließen erkennen, dass an diesem Tag zwei Menschen hier gewesen waren. Aber ob der Stapel Gesangbücher je genutzt wird?

Auf dem Weg von Paris nach Kairo hat mich diese Beobachtung weiter beschäftigt. Sie schien mir ein Bild zu sein für andere Fragen des Zusammenlebens. Was Religionsfreiheit bedeutet, weiß nur der, der sie nutzt. Und die neutralen Zwischenräume werden schnell besetzt, wenn wir sie nicht verteidigen. In diesem Gebetszentrum jedenfalls hatte ich gestört, als ich zwischen den Betenden den Weg zur christlichen Kapelle suchte. Immerhin: Zwei, drei Männer hatten ihre Teppiche beiseite gerückt und Platz gemacht. Dass einer dem anderen Raum gibt, ist keinesfalls selbstverständlich. Die Diskussion um islamischen Religionsunterricht oder um islamwissenschaftliche Fakultäten ist tatsächlich ein Ringen um das Entree in diese Gesellschaft. Und der Streit um Rechtsfragen vom Schächten bis zum Schleier, vom Eheverständnis bis zur Verfassung ist ein Kampf um den säkularen Raum. Er konstituiert sich aus Überzeugung und aus Toleranz, zwischen Religionsfreiheit und Glaubensbindung. Werden wir gleichgültig, geht er verloren.

Vor kurzem habe ich eine Auswanderergemeinde an der türkischen Riviera besucht. Deutsche, die fast alles hinter sich gelassen hatten, suchten eine religiöse Heimat. Als bei Antalya der „Garten der Religionen“, ein Begegnungszentrum von Juden, Christen und Muslimen, eröffnet wurde, gründeten sie einen Verein und mieteten ein Ladenlokal, um dort Gottesdienste zu feiern. Es ist nicht selbstverständlich, als christliche Gemeinde in der Türkei zu leben, rechtlich nicht und auch praktisch nicht. Manche würden am liebsten eine alte Kirchenruine wieder aufbauen. Denn der Glaube braucht einen Ort, eine Gemeinschaft und einen Raum des Rechts und der Freiheit.

Quelle: chrison plus 4/2005

3. Moda evangelica

Evangelikale Kleiderordnung: ein expandierender Industriezweig in Brasilien

In Brasilien haben nicht nur die evangelikalen freikirchlichen, pfingstlerischen Gemeinschaften großen Zulauf. Zunehmend verdienen auch Modehäuser gutes Geld mit Kleidern, die sie gemäß den puritanischen Vorstellungen jener Gruppierungen produzieren. Einige Unternehmen haben sich ganz auf die sogenannte „Moda evangelica“, also die evangelikal-gemäße Mode, spezialisiert.

Jene Kirchen verlangen von ihren Mitgliedern, auf sexuell aufreizende, freizügige Kleidung zu verzichten. Selbst bei tropischen Temperaturen sollen die Gläubigen keine „nackte Haut“ zeigen, vielmehr hochgeschlossene Textilien tragen. Frauen dürfen z.B. weder Hosen noch Shorts noch Miniröcke wählen. Sie sollen stattdessen lange Röcke anziehen, die möglichst nichts vom Bein sehen lassen. Kurzärmlige, ausgeschnittene Blusen oder transparente Stoffe sind verpönt. Für Männer sind kurze Hosen, „knackige“ Jeans oder T-Shirts tabu. Lange Hosen und Hemd, bei festlichen Anlässen möglichst ein dunkler Anzug, gelten hier als anständig.

Aus den entsprechend orientierten Modehäusern hört man, dass Händler – nicht selten sogar Pastoren – aus dem ganzen Land anreisen, um solche Kleidung zu kaufen, die sie dann in den jeweiligen gottesdienstlichen Versammlungszentren, den „Tempeln“, wie man in Brasilien sagt, anbieten oder direkt von Haus zu Haus weiterverkaufen. Mehrere Geschäfte haben bereits eigens geschultes Personal angestellt, das den evangelikal-freikirchlichen Seelsorgern Kollektionen gemäß der jeweiligen religiösen Kleiderordnung vor Ort präsentiert und sie berät.

Quelle: Christ in der Gegenwart 7/2005